



HESSISCHER LANDTAG

11. 02. 2014

Große Anfrage

**der Abg. Gremmels, Schmitt, Eckert, Lotz, Müller (Schwalmstadt),
Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion**

betreffend Rückbau des Atomkraftwerkes Biblis

Aufgrund eines gemeinsamen Antrages von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kernkraftwerk Biblis zeitnah zurückbauen" (Drucksache 18/5415) wurde vom Hessischen Landtag beschlossen:

- 1. Der Landtag spricht sich für einen zeitnahen Rückbau des Kernkraftwerkes Biblis unter Wahrung höchster Sicherheitsanforderungen aus. Dem Landtag ist bewusst, dass ein sicherer Rückbau einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.*
- 2. Der Landtag bittet die Landesregierung, Anträge des Betreibers, die den Rückbau betreffen, schnellstmöglich zu bearbeiten, um den Rückbau - so weit wie unter Einhaltung aller Sicherheitsaspekte möglich - zu beschleunigen. Ein zügiger Rückbau schafft die Möglichkeit, auf Arbeitskräfte zurückzugreifen, die die Anlage gut kennen. Dies hilft, die technisch nicht ganz einfachen Rückbaumaßnahmen sicher zu gewährleisten.*
- 3. Der Landtag bittet die Landesregierung, eine Bundsratsinitiative zur Novellierung des Atomgesetzes zu prüfen, um Betreibern zukünftig den Rückbau verbindlich vorschreiben zu können.*
- 4. Der Landtag erwartet, dass der Betreiber oder die von ihm beauftragten Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung eine aktive Informationspolitik entwickeln, um die Menschen der Region zeitnah und transparent über alle geplanten und durchgeführten Abbauschritte zu informieren.*

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Stadium der Stilllegung befinden sich die beiden Kraftwerksblöcke Biblis A und B?
2. Welche Abbaumaßnahmen wurden bisher (Stand 31.01.2014) durch die Betreiberin RWE durchgeführt?
3. Im Atomgesetz (§ 7 Abs. 3 AtG) wird festgelegt, dass für die Stilllegung einer kerntechnischen Anlage eine Genehmigung erforderlich ist. Seit wann liegt ein entsprechender Antrag der Betreiberin vor bzw. wann ist mit einer Vorlage zu rechnen?
4. Wann ist mit der Genehmigung zum Rückbau zu rechnen?
5. Schon im Genehmigungsverfahren zum Bau und Betrieb von Atomkraftwerken sind Konzepte für den späteren Rückbau der Anlage vorzulegen. Welche Konzepte lagen der Genehmigung zur Betriebsaufnahme zugrunde?
6. Wie hoch sind die Rückstellungen von RWE für den Rückbau der beiden Atomkraftwerke?
7. a) Mit welchen für RWE anfallenden Kosten rechnet die Landesregierung?
b) Welche Kosten fallen für die öffentliche Hand an?
8. Wie bewertet die Landesregierung die beiden Rückbau-Alternativen
a) "sicherer Einschluss",
b) "direkter Rückbau"?

9. Welche Alternative bevorzugt die Landesregierung?
10. Hat RWE bisher gegenüber der Landesregierung verbindlich erklärt, welche der beiden Rückbaualternativen ("sicherer Einschluss" oder "direkter Rückbau") beantragt werden wird?
11. Wann und wie hat die Landesregierung entsprechend dem in der Vorbemerkung dargestellten Beschlusses unter Nr. 3 die Prüfung einer Bundesratsinitiative eingeleitet und was ist das Ergebnis der Prüfung?
12. Wurde von der Betreiberin gegenüber der Landesregierung dargelegt, welche Stilllegungsplanung verfolgt wird, und wie sieht diese gegebenenfalls aus?
13. Wurden schon alle Anlagenteile und ihr radioaktives Inventar im Kontrollbereich der Atomkraftwerke durch die Betreiberin erfasst?
14. Welche Abfolge des Abbaus ist von der Betreiberin geplant?
15. Welche Techniken für die Dekontamination und Zerlegung der Anlagenteile sollen eingesetzt werden?
16. Gibt es ein Konzept für die Behandlung und Verpackung der radioaktiven Abfälle?
17. Sind alle Brennelemente aus dem Reaktor entladen und wenn nicht, wann ist damit zu rechnen?
18. Wie viele Brennelemente befinden sich noch im Abklingbecken?
19. Wann wird das letzte Brennelement voraussichtlich aus dem Abklingbecken entfernt?
20. Wie ist die Kapazität des sogenannten Zwischenlagers derzeit ausgeschöpft und wie wird der Kapazitätsstand sein, wenn alle sich derzeit noch in den beiden Atomkraftwerksblöcken befindlichen Brennelemente dorthin verbracht sein werden?
21. Welche aktive Informationspolitik hat die Landesregierung mit der Betreiberin eingeleitet, "um die Menschen der Region zeitnah und transparent über alle geplanten und durchgeführten Abbauschritte zu informieren"?

Wiesbaden, 11. Februar 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Gremmels
Schmitt
Eckert
Lotz
Müller (Schwalmstadt)
Siebel
Warnecke